

## Der Konsum ist und bleibt die Schwachstelle

Regierung und Sachverständige haben keinen Plan für die große globale Krise

von

Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker

Erschienen als: Der Konsum, die ewige Schwäche, SZ, 10. Dezember 2008

Im Herbst 2007 prognostizierte der Sachverständigenrat (SVR) ein deutsches Wirtschaftswachstum für 2008 von 1,9 Prozent. Im Wesentlichen beruhte diese optimistische Zahl auf der Erwartung, dass der private Verbrauch um 1,7 Prozent zulegen würde. Es gab für diesen Optimismus schon damals, wie wir im November 2007 an dieser Stelle vorhersagten (SZ vom 13. 11. 2008), keine stichhaltigen Gründe. Insofern nimmt es nicht Wunder, dass die damalige Prognose mit der Realität des Jahres 2008 (privater Verbrauch 2008 nach heutiger Schätzung des SVR -0,3 %) nichts zu tun hat. Jetzt steht Deutschland vor einer tiefen Rezession. Das schwache inländische Standbein der Konjunktur hat natürlich nicht gehalten, als das ausländische Bein einbrach.

Gelernt hat der SVR aus diesem eklatanten Irrtum nicht. Er stellt in seinem gerade erschienenen Gutachten zwar fest, dass die positive Beschäftigungsentwicklung der letzten Jahre nicht ausreichte, um die schwache Reallohnentwicklung von 2005 bis 2008 auszugleichen. Seine Schlussfolgerung aber, wonach „die Aussichten für eine deutliche Belebung des privaten Konsums in Deutschland eher schlecht sind, da kaum erkennbar ist, welche Faktoren auf der Einkommenseite zu einem merklichen Anziehen des Konsums führen sollen“, belegt die Unfähigkeit zu lernen eindrucksvoll. Stattdessen schließt man aus der Tatsache, dass der bisherige Beschäftigungsaufbau keine merklich positiven Spuren im privaten Verbrauch hinterlassen hat, dass auch ein drohender Abbau von Arbeitsplätzen keine spürbaren negativen Folgen beim Konsum zeitigen wird und sagt eine Zunahme von 0,4 Prozent voraus.

Der private Verbrauch krankt hierzulande an der schwachen Entwicklung der Masseneinkommen, das immerhin zeigt das Gutachten des SVR. Der Konsum kann "seine erhoffte Rolle als Wachstumstreiber nicht erfüllen (kann)" (Ziffer 142), weil man dem Konsum die dafür notwendige Grundlage, eine vernünftige Entwicklung der Masseneinkommen, wegen „Arbeitsmarktflexibilisierung“ nicht zugestehen will. Seit Jahren setzen die „Weisen“ alles daran, normale Lohnzuwächse zu verhindern. Für Regierung und Sachverständige waren die durch Lohnmoderation erreichten beschäftigungspolitischen Erfolge auf außenwirtschaftlichem Gebiet – abzulesen an dem 2007 fast 180 Milliarden schweren Überschuss in der Leistungsbilanz – das Herzstück der Wirtschaftspolitik.

Der gesamte Auftragseingang in der deutschen Industrie ist im Oktober drastisch eingebrochen. Es wäre nun an der Zeit zu erkennen, dass sich die durch Lohndumping gegenüber dem Ausland erreichten Beschäftigungserfolge nicht in ein von der inländischen Nachfrage getragenes Wachstum überführen lassen. Das hat, wie an der Entwicklung von Beschäftigung und Konsum in den vergangenen vier Jahren zu erkennen ist, schon in Zeiten einer dynamisch wachsenden Weltwirtschaft nicht funktioniert. Wie sollte es dann bei einer rückläufigen Auslandsnachfrage möglich sein? Jeder vernünftige Beobachter muss für 2009 einen deutlichen

Einbruch des privaten Konsums prognostizieren. Die lohnpolitischen Empfehlungen der letzten zehn Jahre waren somit nicht nur mittelfristig wirkungslos, sondern eindeutig schädlich.

Was nun? Was sollen die Wirtschaftspolitiker bei solch desaströser Beratung tun? Für eine kurzfristige Stärkung des inländischen Konsumstandbeins durch die Lohnpolitik ist es jedenfalls zu spät, das hat der Tarifabschluss in der Metallbranche gezeigt. Denn der bis Ende 2009 bei positiver Geschäftsentwicklung zu zahlende zweite Teil der Lohnerhöhung von 2,1% wird wegen Rezession entfallen, so dass es bei dem mageren ersten Teil in Höhe von 2,1% sein Bewenden haben wird.

Um zu den richtigen Schlussfolgerungen zu kommen, muss man zunächst begreifen, dass das, was einzelwirtschaftlich vernünftig aussah, gesamtwirtschaftlich vollkommen falsch war. Die Zersplitterung der Tariflandschaft, ihre permanent geförderte betriebliche, regionale und branchenmäßige Orientierung macht eine die Gesamtwirtschaft stabilisierende Lohnentwicklung praktisch unmöglich. Flächendeckende Lohnabschlüsse in Höhe der mittelfristig zu erwartenden gesamtwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung plus der Zielinflationrate der Zentralbank wären notwendig, um eine deflationäre Depression abzuwenden. Da sich aber jeder Unternehmer selbst der Nächste ist, setzen sie gnadenlos Lohndumping gegenüber der Konkurrenz ein, und die Arbeitnehmer schlucken es aus Angst vor dem Arbeitsplatzverlust.

Bleibt nur der Staat als Vertreter gesamtwirtschaftlicher Interessen und als Stabilisator des marktwirtschaftlichen Systems. Nur er kann durch eine massive Aufstockung der öffentlichen Investitionen und Einkommenshilfen für die Menschen mit den geringsten Einkommen - in Verbindung mit einer extrem expansiven Geldpolitik - die Auslastung des privaten Kapitalstocks vor einem massiven Absturz retten. Doch kaum wird in Europa eine solche Frage offen diskutiert, gehen die Heckenschützen der alten Lehre in Stellung: So warnt das Direktionsmitglied der Europäischen Zentralbank, Jürgen Stark in diesen Tagen die Staaten Europas davor, jetzt bei den Staatsdefiziten in die Vollen zu gehen. Man würde Vertrauensverluste der privaten Haushalte riskieren, wenn man jetzt die Konjunktur anregte.

Das muss man sich bildlich vorstellen! Wenn diejenigen, denen man unter tatkräftiger Mithilfe der Notenbanken seit Jahren eine Teilhabe am wirtschaftlichen Fortschritt verweigert hat, jetzt sehen, wie der Staat Schulen saniert und den Ärmsten der Gesellschaft unter die Arme greift, sind sie verunsichert und geben das Geld nicht aus, das sie durch staatliche Aufträge verdienen oder das der Staat ihnen direkt zur Verfügung stellt. Absurder kann nichts mehr sein. Kein Wunder, diese Meinung vertritt der Chefvolkswirt einer Institution, die mehr als alle anderen auf der Welt mit ihrer Zinserhöhung vom Sommer 2008 beim Krisenmanagement versagt hat und jetzt in Panik die Zinsen senkt.

Eine deutsche Regierung, die jetzt an der Strategie festhält, die Nachfrage, die woanders geschaffen wird, in die eigenen Taschen zu lenken, wird mehr als kläglich scheitern. Die Länder, die einen flexiblen Wechselkurs haben, werden sich mit einer drastischen Abwertung ihrer Währung oder mit Protektionismus dagegen wehren, das gilt vor allem für die USA oder Großbritannien. Auch die Euro-Partnerländer werden nicht weiter bluten wollen. Wenn sie auch auf Kostensenkung setzen wird das ganz Europa in einen deflationären Abgrund ziehen.

Der SVR muss jetzt seine Fehlprognose korrigieren, weil das Gesetz ihn auffordert ein zusätzliches Gutachten zu erstatten, wenn auf einzelnen Gebieten Entwicklungen erkennbar werden, welche die Ziele des magischen Vierecks gefährden.